



ERNST-REUTER-HEFTE

9

Frieden vor Freiheit?

Die sozial-liberale Koalition
und das Kriegsrecht in Polen 1981

von Agnes Bresselau von Bressendorf

Frieden vor Freiheit?

ERNST-REUTER-HEFTE

Heft 9

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Frieden vor Freiheit?

Die sozial-liberale Koalition und
das Kriegsrecht in Polen 1981

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2018
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Redaktion der Reihe: Michael C. Bienert
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Bildredaktion: Michael C. Bienert
Umschlag und Satz: typegerecht, Berlin
Schrift: DTLRomulus 10/13,8pt
Druck und Bindung: Elbe-Druck, Wittenberg
ISBN 978-3-95410-214-3
ISSN 2194-5810

www.bebra-wissenschaft.de

Leitlinien bundesdeutscher Außenpolitik

Herzstück bundesdeutscher Außenpolitik im Kalten Krieg bildete das Ziel, »auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«.¹ Ausgangspunkt dieser Staatsräson war die deutsche Teilung infolge des Zweiten Weltkriegs. Wie kaum ein anderes Land blieb die Bonner Republik in ihrem Streben nach Frieden und Freiheit – zwei Leitbegriffe bundesdeutscher Außenpolitik – dabei strukturell abhängig von den politischen Konjunkturen des Ost-West-Konflikts. Aufgrund der geostrategischen Lage in der Mitte Europas, an der ideologischen und machtpolitischen Nahtstelle des Kalten Krieges, galt dies sowohl für die Beziehungen Bonns zu seinen westlichen Partnern als auch gegenüber den staatssozialistischen Ländern des Ostblocks.

Für die CDU-geführte Bundesregierung unter Konrad Adenauer hatten angesichts der sich abzeichnenden Teilung des Kontinents seit Ende der 1940er Jahre zunächst die sicherheits- und wirtschaftspolitische Westbindung des Landes sowie die Aussöhnung mit Frankreich oberste Priorität. Aus dem Eingeständnis der deutschen Schuld an den Exzessen des Nationalsozialismus, den Vernichtungsfeldzügen und der Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden resultierte die Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa. Daher wurde sie zu einer zentralen Leitlinie westdeutscher Außenpolitik. Bevorzugt setzte Bonn dabei auf eine Strategie des Multilateralismus und der Einbindung in integrative Zusammenschlüsse, deren Grundpfeiler die NATO und die Europäische Gemeinschaft bildeten.

1 Brief zur deutschen Einheit vom 12. August 1970, abgedr. in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zehn Jahre Deutschlandpolitik, Bonn 1980, S. 156f., hier S. 156.

Mit der festen Integration in die westliche Gemeinschaft schrieb sich die Bundesrepublik auch die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten gegenüber dem sowjetisch beherrschten östlichen Teil Europas jenseits des Eisernen Vorhangs auf die Fahnen. Auch wenn am Ziel der deutschen Wiedervereinigung unverändert festgehalten wurde, rückte diese angesichts der bestehenden politischen Realitäten vorerst in weite Ferne. Mit der Hallstein-Doktrin, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten als »unfreundlichen Akt« gegen die Bundesrepublik wertete, sollte ab 1955 der Alleinvertretungsanspruch Bonns als einzig legitime Vertretung des deutschen Volkes unterstrichen und die internationale Isolierung Ost-Berlins erreicht werden. Anfang der 1960er Jahre aber stieß Adenauers Deutschlandpolitik an Grenzen, als erste Anzeichen einer Entspannungspolitik zwischen den Supermächten sichtbar wurden. In dieser Phase der vorsichtigen Annäherung zwischen Washington und Moskau nahm Bonn mit seiner Blockadehaltung gegen einen pragmatischen Umgang mit dem zweiten deutschen Staat zunehmend die Rolle eines Störfaktors ein.

Ausgehend von diesen Veränderungen der internationalen Großwetterlage entstand in den 1960er Jahren unter Führung der SPD das Konzept der Neuen Ostpolitik, das insbesondere vom Außenminister der Großen Koalition und späteren Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) unter der Formel »Wandel durch Annäherung« vorangetrieben wurde. Die Realität der deutschen Teilung anzuerkennen, um die Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn zu verbessern, sowie konkrete Erleichterungen für die Menschen dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs zu erreichen – etwa durch vermehrte Möglichkeiten gegenseitiger Besuche oder Maßnahmen der Familienzusammenführung –, bildeten das zentrale Credo. Durch diesen persönlichen, kulturellen und politischen Austausch sollte nicht nur der



Nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags geben sich Willy Brandt (links) und Józef Cyrankiewicz (rechts) die Hand, 7. Dezember 1970.

Zusammenhalt der west- und ostdeutschen Bevölkerung gewährleistet, sondern langfristig auch eine gesellschaftliche Liberalisierung in den Staaten des Ostblocks erreicht werden.

In der Tat konnte die sozial-liberale Koalition Mitte der 1970er Jahre, inzwischen unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), auf beachtliche entspannungspolitische Erfolge verweisen, die gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU-Opposition durchgesetzt worden waren: die Ostverträge mit Moskau (1970), Warschau (1970) und Prag (1973), den Grundlagenvertrag mit der DDR (1972), die Aufnahme der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen (1973) sowie die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren Schlussakte 1975 in Helsinki verabschiedet wurde. Bonn war es gelungen, seinen außenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern und die Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten deutlich

zu verbessern. Dies galt nicht zuletzt für das Verhältnis zu Polen. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 wurde die Oder-Neiße-Grenze als westliche Staatsgrenze der Volksrepublik anerkannt. Zudem vereinbarten beide Seiten den Verzicht auf territoriale Gebietsansprüche und die Androhung oder Anwendung von Gewalt bei der Lösung offener Probleme. Damit wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer deutsch-polnischen Aussöhnung und einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen vollzogen.

Indes fielen die Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen der polnischen Zivilgesellschaft, die mit sozialen Protesten im Sommer 1980 ihren Anfang nahmen, in eine erneute weltpolitische Umbruchphase, die vielfach als »Zweiter Kalter Krieg« umschrieben worden ist. Was war damit gemeint? Der Begriff brachte ein zeitgenössisches Empfinden auf den Punkt, dass die Ära der Entspannung zwischen den Supermächten an ihr Ende gekommen war. Wieder einmal sah sich Bonn gezwungen, seine Politik an die veränderten außenpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen. Für die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) war die Lage in Polen von eminenter Bedeutung. Ziel war es einerseits, die Errungenschaften der Entspannungspolitik zu bewahren und eine internationale Eskalation durch den Einmarsch sowjetischer Truppen zu verhindern. Dem stand andererseits das Interesse an einer Unterstützung der polnischen Bevölkerung bei ihrem Kampf um Freiheits- und Bürgerrechte gegenüber. Zugespitzt formuliert musste sich die sozial-liberale Koalition in dieser Krisensituation entscheiden, ob sie in der Formulierung und Umsetzung ihrer Außenpolitik dem Frieden zwischen Ost und West oder der Freiheit des polnischen Volkes die höhere Priorität einräumte.

Die Entstehung der Solidarność

Die Geschichte Polens im Kalten Krieg war von dessen politischer und wirtschaftlicher Sonderrolle innerhalb des sozialistischen Lagers geprägt. Nach der nationalsozialistischen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs erfolgte 1945 die Westverschiebung des Landes und seine Eingliederung in den sowjetisch beherrschten Ostblock. Stärker noch als in den kommunistischen »Bruderstaaten« regte sich in der polnischen Bevölkerung Widerstand gegen deutsche und sowjetische Gebiets- und Herrschaftsansprüche, hatten diese doch eine lange Tradition. 1956 beehrte sie erstmals gegen das kommunistische System auf, gefolgt von weiteren Protestbewegungen in den kommenden Jahren. Ausgangspunkt der Unruhen war stets die Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsteile mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage des Landes. Infolgedessen bildeten sich in den 1970er Jahren sukzessive verschiedene Bürgerrechtsbewegungen, die auf dem schmalen Grat zwischen Legalität und Untergrund für die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte in Polen eintraten.

In diesem Klima aufkeimender politischer Opposition und wachsender Frustration über Misswirtschaft und sinkenden sozialen Lebensstandard gründeten Arbeiter der Fabrik »Elektromontaz« in Danzig im Januar 1980 eine Arbeiterkommission, die sich für die Belange schikanierter Kollegen einsetzte. Deren Führungsfigur, Lech Wałęsa, und andere prominente Mitglieder wurden daraufhin entlassen. Als die Staatsführung am 1. Juli 1980 erneut eine drastische Steigerung der Lebensmittelpreise bekannt gab, lief das Fass der gärenden Unzufriedenheit über: Ausgehend von der Danziger Leninwerft breiteten sich Proteste, Massenstreiks und Demonstrationen rasch über weite Teile des Landes aus. Mitte August bildete sich schließlich unter Leitung Wałęsas ein Überbetriebliches Streikkomitee, das der Regierung einen

Lech Wałęsa
(links) spricht
zu streikenden
Arbeitern der
Danziger Lenin-
werft, 1980.



Katalog mit 21 Punkten vorlegte. An erster Stelle stand dabei die Forderung nach Zulassung freier Gewerkschaften, allgemeinem Streikrecht sowie voller Meinungsfreiheit in Wort und Schrift. Die ursprünglich sozialen Proteste erhielten damit eine spezifisch politische Dimension, forderte die Streikbewegung auf diese Weise doch das Macht- und Meinungsmonopol der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) heraus.

Regierungschef Edward Gierek stand damit vor einem schier unlösbaren Dilemma. Den politischen Forderungen nach Liberalisierung und Demokratisierung konnte er nicht nachgeben, ohne die Grundfesten des sozialistischen Systems zu gefährden. Angesichts der polnischen Erfahrungen 1956, des Prager Frühlings 1968 und der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979 schien zudem kein Zweifel daran zu bestehen, dass Moskau notfalls in Polen einmarschieren würde, um

Edward Gierek,
Februar 1980.



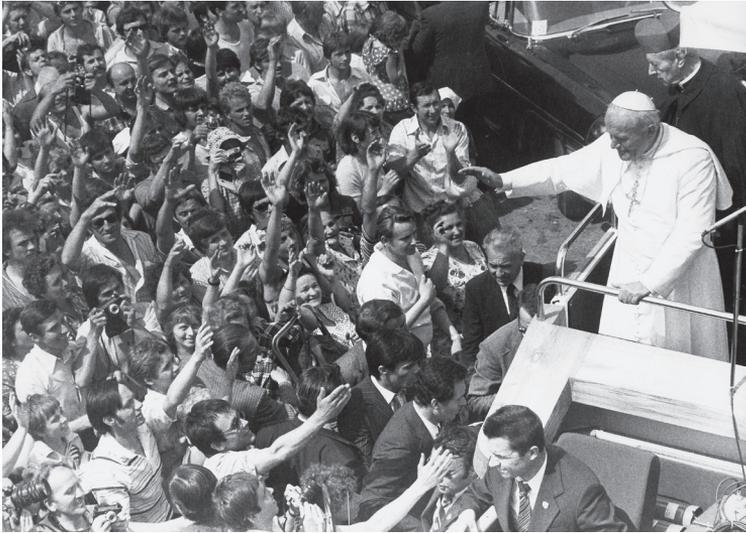
die kommunistische Partei an der Macht zu halten – mit unabsehbaren Konsequenzen für die angespannten Ost-West-Beziehungen. Um die Ruhe im Land wiederherzustellen, musste Gierek also wenigstens die sozialen Forderungen der Streikenden erfüllen, was allerdings eine umfassende Reform und die schnelle Stabilisierung der Wirtschaft vorausgesetzt hätte. Ein überzeugendes ökonomisches Reformkonzept aber war nicht einmal in Ansätzen erkennbar, zumal eine grundlegende Abkehr von der sozialistischen Planwirtschaft erneut die Systemfrage gestellt hätte.

In dieser aussichtslosen Lage wandte sich Gierek an den dritten zentralen Akteur innerhalb Polens: die katholische Kirche. Diese war in keinem anderen europäischen Land auf vergleichbar enge Weise mit den Begriffen Nation und Freiheit verbunden. In der Zeit der polnischen Teilungen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts hatte sie mit der

Verteidigung des katholischen Glaubens zugleich dem nationalen Zusammenhalt gedient, indem sie die polnische Sprache und Tradition gegen Russifizierungs- und Germanisierungsbestrebungen verteidigte. Sie bildete die Klammer des geteilten Landes und wurde zum Symbol für den Kampf gegen Unterdrückung und Unfreiheit. Diese Rolle unterstrich der polnische Klerus abermals im Zweiten Weltkrieg, als sich zahlreiche Geistliche dem Widerstand gegen die deutschen Besatzer anschlossen.

Die Eingliederung des Landes in den kommunistischen Ostblock nach 1945 musste angesichts der Unvereinbarkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie mit den Wertvorstellungen des Katholizismus zwangsläufig zu neuen Konflikten zwischen Staat und Kirche führen. In der stalinistischen Epoche hatte die Kirche daher mit erheblichen Repressionen zu kämpfen, die 1953 in der Verhaftung des polnischen Primas, Stefan Kardinal Wyszyński, gipfelten. Anders als von der Partei intendiert, führte die Verfolgung des Klerus jedoch nicht zu einem Bedeutungsverlust des katholischen Glaubens in der Bevölkerung, im Gegenteil: Der Widerstand gegen das Regime und dessen Kultur- und Religionspolitik wuchs. Bezeichnenderweise begannen 1956 die Massenstreiks in Posen während einer Messe und veranlassten die Regierung zu einem grundlegenden Strategiewechsel. Statt die Kirche weiterhin zu unterdrücken, sah sich die kommunistische Führung auf ihre Unterstützung angewiesen, um den eigenen Machterhalt zu sichern, und bemühte sich fortan um eine Normalisierung der Beziehungen.

In diese Phase der vorsichtigen gegenseitigen Annäherung platzte am 16. Oktober 1978 die unerwartete Nachricht, dass das Konklave in Rom den Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła zum neuen Papst gewählt hatte. Diese Sensation wurde in weiten Teilen der polnischen Bevölkerung als Anfang einer neuen Ära für Polens Kirche und Nation



Fahrt von Papst Johannes Paul II. durch Warschau während seines Besuchs in Polen, Juni 1979. Rechts hinter dem Papst der polnische Primas Stefan Kardinal Wyszyński.

wahrgenommen. Die erste Reise Johannes Paul II. in sein Heimatland im Juni 1979 demonstrierte eindrucksvoll die Wiederbelebung des polnischen Nationalstolzes, des gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls und Selbstbewusstseins im Zeichen des Katholizismus. Mehrere hunderttausend Menschen besuchten die zahlreichen Gottesdienste unter freiem Himmel, die der Papst unter anderem auch im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz hielt. Hauptbotschaft der päpstlichen Ansprachen waren das unzerstörbare Band zwischen der römisch-katholischen Kirche und der polnischen Nation, die Forderung nach Respektierung der Menschen- und Freiheitsrechte sowie die Stärkung der geistigen Einheit Europas auf der Grundlage christlicher Werte.

Für Regierungschef Gierek war dieses politische Sendungsbewusstsein des Pontifikats nicht nur ein Ärgernis, sondern eine ernst-

zunehmende Herausforderung mit unvorhersehbaren Konsequenzen für das kommunistische System Polens. Gleichwohl wusste Warschau den Einfluss des Pontifikats auf die Bevölkerung zu nutzen. Und so begann Gierek im Sommer 1980 – vermittelt über die katholische Kirche – Gespräche mit Wałęsa und unterzeichnete am 31. August ein Kompromisspapier. In diesem historischen »Danziger Abkommen« erklärte Gierek die Zulassung freier Gewerkschaften für rechtmäßig und garantierte ein allgemeines Streikrecht. Unter Führung Wałęsas gründete sich daraufhin am 22. September die »Unabhängige und sich selbst verwaltende Gewerkschaft Solidarność«. Wałęsa hatte im Gegenzug zugesagt, die Streiks in den Betrieben zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Mit diesem in der Geschichte des Ostblocks einmaligen Vorgang war Gierek den Forderungen der Arbeiter weit entgegengekommen, weshalb er noch im September sein Amt als Erster Sekretär der PVAP für Stanisław Kania räumen musste.

Die folgenden Monate bis zur Verhängung des Ausnahmezustands im Dezember 1981 waren geprägt von einem Wechselspiel aus beiderseitiger, wellenartig verlaufender Dialog- und Konfrontationsbereitschaft zwischen Solidarność und der polnischen Regierung. Auf der einen Seite forderte Wałęsa, der innerhalb der heterogenen Gewerkschaftsbewegung mit Radikalisierungstendenzen zu kämpfen hatte, die zügige Umsetzung der Reformversprechen. Auf der anderen Seite verlangte Kania, der seinerseits dem Druck der Hardliner innerhalb der PVAP Rechnung tragen musste, ein Ende der Protestaktionen, um die desolante wirtschaftliche Lage durch die wiederholten Arbeitsniederlegungen nicht weiter zu verschärfen und so den Reformprozess zu gefährden.

Je länger eine ökonomische Stabilisierung ausblieb, desto mehr verstrickten sich Partei und Regierung in interne Flügelkämpfe. Mitte Februar 1981 wurde Kania – nach nur fünf Monaten im Amt – wohl



Gespräch zwischen Lech Wałęsa (links) und dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mieczysław Jagielski (rechts) in Danzig, August 1980.

auch auf Druck Moskaus abgesetzt und General Wojciech Jaruzelski zum Premierminister ernannt, dem im Oktober zusätzlich das Amt des Verteidigungsministers und des Ersten Sekretärs der PVAP übertragen wurde. Der nun mächtigste Mann im Staate schlug eine gemeinsame »Front der Nationalen Verständigung« unter Beteiligung von Solidarność und katholischer Kirche vor und forderte Wałęsa ultimativ zur Mitarbeit auf. Unverhohlen drohte Jaruzelski mit der Verhängung des Ausnahmezustands, sollte die Gewerkschaft nicht kooperieren. Diese Drohkulisse unterstrichen Manöver der Truppen des Warschauer Paktes an der polnischen Grenze, während das Präsidium der Landeskommission der Solidarność Ende November 1981 in Radom tagte, um über das zwiespältige Angebot zu beraten. In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 beschloss die Solidarność unter ihrem Vorsitzenden Wałęsa geschlossen in den Generalstreik zu

treten, sollte die Regierung ihre Ankündigung wahr machen und auf Konfrontationskurs gehen.

In den frühen Morgenstunden des 13. Dezember 1981 erklärte die polnische Regierung unter General Jaruzelski schließlich die Verhängung des Ausnahmezustands und richtete einen »Militärrat zur nationalen Errettung« ein, dessen Vorsitzender ebenfalls Jaruzelski wurde. Sondereinheiten von Armee, Polizei und Sicherheitsdienst hatten in der Nacht in einer Blitzaktion Tausende Funktionäre und Mitglieder, Berater und Sympathisanten der *Solidarność* sowie Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppen und viele Intellektuelle, die der Bewegung nahestanden, verhaftet. Lech Wałęsa hielt man seitdem an wechselnden Orten unter Hausarrest. Polen wurde hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt, die Grenzen geschlossen, Telefon- und Telexleitungen unterbrochen. In die größeren Städte rückten Panzerkolonnen ein, Radio- und Fernsehgebäude wurden umstellt. Untermalt von der Nationalhymne schilderte Jaruzelski in seiner Ansprache die Lage in dramatischen Tönen: »Chaos und Demoralisierung haben ein katastrophales Ausmaß erreicht. Die Nation steht an der Grenze ihrer psychischen Belastbarkeit. Viele Menschen packt die Verzweiflung. Nicht Tage mehr, sondern nur noch Stunden trennen uns von einer Katastrophe nationalen Ausmaßes.«²

Alle öffentlichen Versammlungen wurden daraufhin untersagt, die Tätigkeit der Gewerkschaften und Studentenorganisationen suspendiert und eine Ausgangssperre verhängt. Jaruzelski bezichtigte die *Solidarność* für die ökonomische Katastrophe Polens verantwortlich zu sein, und erklärte, der Ausnahmezustand diene der wirtschaftlichen

2 Zit. nach Hartmut Kühn: *Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990. Mit einem historiographischen Anhang bis 1997*, Berlin 1999, S. 270.



Nach der Verhängung des Kriegsrechts werden Demonstranten in Warschau von der Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben, 16. Dezember 1981.

Erneuerung Polens, die bei weiteren Streiks nicht durchführbar sei. Durch Erlass des Staatsrats und per Anordnung durch den Militärrat wurden auf alle wichtigen Posten in Verwaltung und Wirtschaft Militärkommissare berufen. Erst zweieinhalb Jahre später, im Juli 1983, sollte die Regierung Jaruzelski den Kriegszustand wieder aufheben.

Krise der Entspannung und »Zweiter Kalter Krieg«

Um die Bedeutung der polnischen Krise für die internationale Politik im Allgemeinen und die Bundesregierung im Besonderen ermessen zu können, ist es einmal mehr notwendig, sich deren weltpolitische Rahmenbedingungen vor Augen zu führen. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre hatten sich die Ost-West-Beziehungen schrittweise, aber unübersehbar eingetrübt. Im Dezember 1979 hatte die NATO aufgrund der sowjetischen Aufrüstung mit nuklearen SS-20-Raketen, »Backfire«-Bombern und modernisierten Kurzstreckenraketen ihren sogenannten Doppelbeschluss verabschiedet. Er sah die westliche Nachrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen unter anderem auf bundesdeutschem Territorium vor, sollte bis Ende 1983 keine Verhandlungslösung zur Rüstungskontrolle mit der Sowjetunion erzielt worden sein. Ebenfalls Ende 1979 hatte der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan die Welt in Aufruhr versetzt. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs intervenierte Moskau damit in einem Land außerhalb des Warschauer Paktes offen militärisch, um ein sozialistisches Regime an der Macht zu halten. Diese angespannte internationale Lage wurde durch die Entwicklungen in Polen weiter angeheizt, die das Epizentrum des »Zweiten Kalten Krieges« vom weit entfernten Kabul mitten ins Herz Europas verschoben.

Für die Regierung Schmidt/Genscher stand in Polen somit nichts weniger als das entspannungspolitische Vermächtnis der sozial-liberalen Koalition auf dem Spiel. Seit Ausbruch der Krise im Sommer 1980 stand sie vor einem veritablen Dilemma: Einerseits wurden die Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen der polnischen Bevölkerung und die Gründung der *Solidarność* als Erfolg der Entspannungspolitik zweifelsohne begrüßt. Der Entwicklungsgedanke vom Prozesscharakter der Geschichte, der – vermittelt über den KSZE-



Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Juli 1980.

Prozess – eine schrittweise Liberalisierung der osteuropäischen Gesellschaften nach sich ziehen würde, der in der Schlussakte verbriefte Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, für Bürger- und Menschenrechte schienen sich hier vor den Augen der Welt Bahn zu brechen. Das Auswärtige Amt war überzeugt davon, dass der Entspannungsprozess die entscheidenden Voraussetzungen für erste demokratische Reformen und eine schrittweise Pluralisierung der Gesellschaften Osteuropas geschaffen habe. Die Bedeutung der Schlussakte als »Katalysator für die Hoffnungen der Menschen in Europa« hatte sich bestätigt, so das Amt.³

3 Schreiben des stellvertretenden Leiters des Referats 212 des Auswärtigen Amtes, Johann Georg Dreher, an Bundesminister Hans-Dietrich Genscher vom 5. September

In dieser Aufbruchsstimmung begannen am 9. September 1980, nur wenige Tage nach Abschluss des Danziger Abkommens, in Madrid die Vorbereitungen für die zweite KSZE-Nachfolgekonzferenz. Dort sollten die bisherigen entspannungspolitischen Fortschritte diskutiert und weitere Ziele für die kommenden Jahre festgelegt werden. Als sich die Lage in Polen zusehends verschlechterte, forderte insbesondere US-Präsident Ronald Reagan lautstark einen Abbruch der Verhandlungen. Wenige Tage nachdem General Jaruzelski das Kriegsrecht verhängt hatte, wurde eine Fortsetzung der Gespräche in Madrid daher auf Februar 1982 vertagt. Es war Bundesaußenminister Genscher, der in dieser heiklen Phase am intensivsten für eine Weiterführung des KSZE-Prozesses eintrat. Weil daran auch Warschau und Moskau Interesse hatten, gab die KSZE dem Westen ein Instrument in die Hand, mäßigend auf die polnische und sowjetische Führung einzuwirken, und barg damit auch eine Schutzfunktion für die *Solidarność* vor gewaltsamen Übergriffen, so die Überzeugung des Auswärtigen Amtes: »Gerade der Bereich der Menschenrechte gibt uns die Möglichkeit, in Madrid auf die Sowjetunion permanenten Druck in der polnischen Frage auszuüben. [...] Wir sollten auf keinen Fall das sowjetische Verhalten gegenüber Polen damit belohnen, dass wir die Sowjetunion in Madrid vor der Peinlichkeit bewahren, klar zur Frage der Menschenrechte Stellung nehmen zu müssen.«⁴

Umgekehrt hätte ein Abbruch der KSZE-Verhandlungen auch die zeitgleich stattfindenden Rüstungskontrollgespräche, die eine Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses abwenden sollten, signifi-

1980, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), B 43, Ref. 221 (ZA), Bd. 116936, S. 3.

4 Runderlass des Auswärtigen Amtes vom 1. Februar 1982, in: PA AA, B 28, Ref. 212 (ZA), Bd. 133413.

kant gefährdet. Dies war auch deshalb heikel für die Bundesregierung, weil die sogenannte Friedensbewegung, die gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf bundesdeutschem Boden demonstrierte, die Stabilität der sozial-liberalen Koalition in Bonn erheblich ins Wanken brachte. Nicht zuletzt aus diesem Grund unterstützte Genscher die französische Initiative zur Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz, an der auch Kremlchef Leonid I. Breschnew Interesse hatte und die einen entscheidenden Hebel im Gesamtgefüge aus Entspannungs- und Sicherheitspolitik bilden konnte. Zentraler Bestandteil dieser Initiative waren weitergehende Vereinbarungen über die in der Schlussakte von Helsinki vereinbarten Vertrauensbildenden Maßnahmen. Gerade in einer weltpolitischen Phase, in der militärische Aufrüstung und nukleare Bedrohungsszenarien stärker denn je das Misstrauen zwischen Ost und West schürten, sollte damit die Möglichkeit geschaffen werden, durch die vorherige Ankündigung militärischer Manöver verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Neben diesen komplexen multilateralen Verhandlungsprozessen auf internationaler Ebene konzentrierte sich die Bundesregierung auf die unmittelbare Entwicklung in Polen selbst, um vor Ort zu einer Deeskalation der Lage beizutragen.

Demokratisierung durch Dialog

Für die Bundesregierung bestand kein Zweifel daran, dass die Gretchenfrage nach gewaltsamer Eskalation oder friedlicher Konfliktregulierung in Moskau entschieden wurde. Wenn der Kreml sein Interesse an der Entspannungspolitik verlor, war diese gescheitert. Der Westen hatte daher »kein Interesse daran, Öl ins Feuer zu gießen und die friedliche Beilegung der Krise in Polen zu erschweren«, wie ein Bericht der deutschen Botschaft in Moskau vom 22. August 1980 festhielt.⁵ Eine sowjetische Intervention würde dadurch nur wahrscheinlicher und Moskau könnte etwaige westliche Reformforderungen an Warschau als entspannungsfeindlich disqualifizieren. Ziel der bundesdeutschen Politik müsse daher sein, auf das in der KSZE-Schlussakte verankerte Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten zu verweisen und unmissverständlich klarzustellen, dass die polnische Entwicklung alleinige Angelegenheit Warschaus sei.

Zugleich aber gab der stellvertretende Botschafter in Moskau, Hermann Huber, zu bedenken, dass die bundesdeutsche Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Völkern nur dann glaubwürdig bleiben könne, wenn man nicht nach dem Grundsatz handle: »In Osteuropa ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.«⁶ Schließlich liege eine Liberalisierung und größere Selbstständigkeit der einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten im Interesse Bonns, da langfristig betrachtet nur so der politische und militärische Druck der Sowjetunion auf Westeuropa gemildert werden könne. Bislang seien jedoch alle Hoffnungen auf eine grundsätzliche Lockerung der sowjetischen Hegemonie durch die Ent-

5 Fernschreiben Nr. 3725 der deutschen Botschaft in Moskau an das Auswärtige Amt vom 22. August 1980, in: PA AA, B 42, Ref. 214 (ZA), Bd. 132904.

6 Ebd.

spannungspolitik enttäuscht worden. Die Möglichkeit, dass Moskau eine echte Demokratisierung innerhalb eines Warschauer-Pakt-Staates tolerieren würde, wurde vom Auswärtigen Amt aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Sowjetunion als unrealistisch verworfen: »Eine Liberalisierung nach westlichem Vorbild ist nicht zu erwarten.«⁷

Was also tun? In Absprache mit dem Kanzleramt entschied sich der ressortmäßig zuständige Bundesaußenminister für eine Strategie des Dialogs mit der polnischen Führung. In zahlreichen Gesprächen berichtete letztere über die desolate wirtschaftliche Lage und den Kreditbedarf des Landes – einerseits ein deutliches Alarmzeichen dafür, wie katastrophal es um die Ökonomie des Landes bestellt war, andererseits aber auch ein Hinweis auf das Vertrauensverhältnis, das zwischen Bonn und Warschau entstanden war. So diskutierte Genscher mit dem polnischen Außenministerium über die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Einmarsches, den beide als existenzielle Bedrohung wahrnahmen, wenngleich die Zugehörigkeit Polens zum Warschauer Pakt von beiden Seiten zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt wurde. Genscher wie auch sein polnischer Amtskollege Józef Czyrek erinnerten an die entsetzlichen Erfahrungen beider Völker im Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierende Verantwortung für den Frieden in Europa. Statt sich in eine historische Täter-Opfer-Diskussion zu verwickeln, betonten sie das gemeinsame deutsch-polnische Interesse an einer gewaltlosen Deeskalation der Lage. Dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages berichtete Genscher am 1. April 1981 von einem dieser Gespräche: »Die Art, wie man die wirtschaftlichen Anliegen vorgetragen hat, war mit sehr viel Würde verbunden. Trotzdem habe ich mich gefragt, ob es einem Polen nicht sehr schwerfallen muss,

⁷ Aufzeichnung des Ref. 214 des Auswärtigen Amtes vom 25. Mai 1981, in: PA AA, B 42, Ref. 214 (ZA), Bd. 132931.

Wojciech Jaruzelski (rechts) empfängt Hans-Dietrich Genscher (links) zu einem Gespräch in Warschau, 20. März 1981.



gerade einem deutschen Außenminister das so sagen zu müssen. [...] Ich bin der Überzeugung, dass unsere Haltung in diesen für Polen sehr schwierigen Monaten nicht nur der Stabilisierung der Lage dient, sondern darüber hinaus vielleicht sozusagen den Schlussstein unter das setzt, was wir uns alle vorgenommen haben, nämlich die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen. [...] Sie wissen, ich bin ein sehr realistischer und nüchterner Mensch. Aber wenn ich Ihnen sage, dass ich nie so innerlich angerührt von einer Reise zurückgekommen bin, dann nehmen Sie mir das bitte ab, dass ich heute noch gefühlsmäßig tief berührt bin von der Art, wie man mir dort gegenübergetreten ist.«⁸

8 Protokoll der 7. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 1. April 1981, in: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (BT ParlA), 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 25f.

Das positive Gesprächsklima speiste sich auch aus dem Engagement bundesdeutscher Politiker für eine Wiederannäherung zwischen Deutschen und Polen, die in der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition und den Vereinbarungen der KSZE-Schlussakte konkrete Formen angenommen hatte. Nicht zuletzt Bundeskanzler Schmidt nannte – wie andere Mitglieder der »Erlebnisgeneration« des Zweiten Weltkriegs – die Verständigung mit Polen in einem Atemzug mit der deutsch-französischen Aussöhnung. Die persönlich guten Beziehungen zwischen führenden politischen Entscheidungsträgern in Bonn und Warschau gehörten zu den besonderen subjektiven Faktoren, die das Krisenmanagement der sozial-liberalen Koalition in der polnischen Krise bestimmten. Das verbindende Element deutsch-polnischer Interessen bildete aufgrund der gemeinsamen geostrategischen und sicherheitspolitischen Lage an der Nahtstelle zwischen den Blöcken das Bemühen um Stabilität und Frieden in Europa.

Diese Strategie des Dialogs, bei der Genscher versuchte, mäßigend auf die polnische Regierung einzuwirken, kombinierte Bonn und seine westlichen Verbündeten mit umfassenden ökonomischen Hilfsmaßnahmen. Denn nur eine wirtschaftliche Gesundung des Landes, so die Überlegung, konnte den engen Handlungsspielraum der polnischen Regierung vergrößern und die sozialen Proteste der Bevölkerung verringern helfen, während mit der voranschreitenden ökonomischen und finanziellen Talfahrt die Gefahr wuchs, dass sich in Warschau die Hardliner durchsetzten. Darüber hinaus war dies eine der wenigen Möglichkeiten, die der Westen überhaupt besaß, konstruktiv auf den Entwicklungsprozess Einfluss zu nehmen.

In der Tat hatte die westliche Unterstützung im April 1981 ein beachtliches Ausmaß erreicht, als die EG ihre bisherige Nahrungsmittelhilfe im Umfang von 450 Millionen DM um eine zweite Tranche von 424 Millionen DM aufstockte, wovon die Bundesrepublik 150

Millionen übernahm. Fünf Wochen später stimmte der Europäische Rat einer »Ergänzungslieferung« zur zweiten Tranche im Umfang von 135 Millionen DM zu.⁹ Auch war schon Ende 1980 deutlich geworden, dass Warschau seine wachsenden Auslandsschulden nicht würde begleichen können. So belief sich die Westverschuldung Polens im November 1980 auf 21 Milliarden US-Dollar und war innerhalb weniger Wochen auf 24 Milliarden US-Dollar angestiegen. Bereits Ende Dezember nahmen die 15 wichtigsten Gläubigerstaaten deshalb Umschuldungsverhandlungen mit Polen auf, die im April 1981 in Paris in die Unterzeichnung eines Schuldenprotokolls mündeten. Die gestundete Summe belief sich demnach auf rund 1,5 Milliarden US-Dollar, wovon Bonn 540 Millionen, also etwa ein Drittel, übernahm. Die Bundesrepublik war damit noch weit vor den USA der wichtigste Gläubiger Polens.¹⁰ Je weiter sich allerdings die wirtschaftliche Situation im Sommer verschlechterte und ein Ende der Krise nicht absehbar war, umso mehr gewannen die Kritiker einer Stabilisierungspolitik innerhalb der NATO an Gewicht. Besonders in der Reagan-Administration wurden Stimmen laut, die forderten, dass die vom Ostblock selbstverschuldete Krise auch von diesem wirtschaftlich gelöst werden müsse.

Neben der desolaten ökonomischen Lage Polens schienen aus Sicht des Auswärtigen Amtes die eigentlichen Gefahren für die Reformbewegung von den internen Flügelkämpfen der *Solidarność* einerseits und der PVAP andererseits auszugehen. So gewannen neben den ge-

9 Vgl. das Schreiben des Leiters des Ref. 411 des Auswärtigen Amtes, Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann, an Staatsminister Klaus von Dohnanyi vom 13. Mai 1981, in: PA AA, B 42, Ref. 214 (ZA), Bd. 132911, S. 1–3.

10 Vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 88), Berlin u. a. 2015, S. 210f.

mäßigten Kräften um Lech Wałęsa radikale Strömungen an Gewicht, die eine friedliche Einigung zwischen Gewerkschaft und Regierung zu gefährden drohten. Umgekehrt befand sich auch die PVAP durch zahlreiche Parteiaustritte und interne Streitigkeiten um den richtigen Kurs in einem zunehmend kritischen Zustand. Die Machtübernahme Jaruzelskis im Oktober 1981 zeigte aus Sicht des deutschen Botschafters in Warschau, Georg Negwer, dass »der Partei die Sicherungen durchbrennen« und man sich »an die Armee als letzten Strohalm klammere«. ¹¹ Angesichts der Unfähigkeit und Hilflosigkeit des Regierungs- und Verwaltungsapparates greife Jaruzelski daher verstärkt auf die Ordnungsstruktur der Armee zurück. Dies tue er in einem Ausmaß, »dass bereits Vermutungen über den letztlichen Übergang zu einer Militärregierung ernsthaft angestellt werden«. ¹²

Auch wenn der genaue Zeitpunkt unklar blieb, so war es doch für keinen der NATO-Partner eine Überraschung, als Jaruzelski Mitte Dezember den Kriegszustand über Polen verhängte. Angesichts der denkbaren Alternativen – die Eskalation des Konflikts in einen polnischen Bürgerkrieg oder der Einmarsch sowjetischer Truppen – schien dies, realpolitisch betrachtet, das kleinere Übel zu sein. Ebenso bestand Einigkeit, dass es sich dabei um eine Stellvertreterintervention handelte, Jaruzelski also auf Druck Moskaus agierte. Zugleich führte diese Entwicklung den westlichen Verbündeten vor Augen, wie gering ihre Einflussmöglichkeiten und wie eng ihr Handlungsspielraum bemessen waren.

11 Fernschreiben Nr. 1558 des deutschen Botschafters in Warschau, Georg Negwer, an das Auswärtige Amt vom 19. Oktober 1981, in: PA AA, B 42, Ref. 214 (ZA), Bd. 132912, S. 2.

12 Fernschreiben Nr. 1703 des deutschen Botschafters in Warschau, Georg Negwer, an das Auswärtige Amt vom 14. November 1981, in: ebd., S. 3.

Nichtsdestotrotz setzte Bundesaußenminister Genscher seine charakteristische Dialogstrategie auch nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 ungemindert fort, mehr noch: Je kritischer sich die Lage in Polen zuspitzte, desto intensiver suchte er den Kontakt zur polnischen Führung. An den neuen stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Mieczysław Rakowski, der bereits zweieinhalb Wochen später im Auswärtigen Amt zu Besuch war, appellierte er, den Ausnahmezustand schnellstmöglich aufzuheben, die Gefangenen und Internierten freizulassen und den nationalen Dialog mit Solidarność und Kirche wiederaufzunehmen – Forderungen, die zur Richtschnur der westeuropäischen und transatlantischen Polenpolitik wurden.

Neben Bonn sprachen sich ebenfalls Paris und London für eine Weiterführung der Nahrungsmittellieferungen an Polen und gegen Sanktionsmaßnahmen aus. Letztere würden lediglich die Abhängigkeit Warschaws von der Sowjetunion stärken und wären somit kontraproduktiv. Stattdessen plädierten sie in Fragen der Umschuldung, Kreditvergabe und langfristigen Wirtschaftsbeziehungen für eine »Wait-and-see«-Strategie. Der Westen müsse abwarten, bis er genügend Übersicht über die weitere Entwicklung der Lage habe. Denn, so das Auswärtige Amt im Januar 1982, es könne »kein Zweifel bestehen, dass zumindest der europäische Westen bei seiner Zielvorstellung für die Lösung der Polenfrage heute vom Fortbestand der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Polen sowie der Zugehörigkeit des Landes zum Warschauer Pakt und RGW-System ausgehen muss. Angestrebt wird nicht eine Revolutionierung im tatsächlichen Machtbereich der Sowjetunion, sondern die Ermöglichung einer Evolution, die den legitimen Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt und ständig wiederkehrende Destabilisierungen damit vermeidet. Es geht der westlichen Polenpolitik [...] nicht um ein Herausbrechen Polens aus dem tatsäch-



Treffen von
Hans-Dietrich
Genscher (rechts)
mit Mieczysław
Rakowski in Bonn,
30. Dezember
1981.

lichen sowjetischen Machtbereich – weil dies nach Lage der Dinge unmöglich ist –, sondern um die Erhaltung der wesentlichen Elemente der polnischen Erneuerung, die die vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen nicht sprengen.«¹³

Gleichwohl zog die Bundesregierung mit ihrem Kurs politischer Zurückhaltung und ökonomischer Unterstützung je länger umso mehr die Kritik der US-Administration unter Ronald Reagan auf sich, die bereits im Dezember 1981 ankündigte, ihre bisherigen Hilfsliefe-

13 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hans Otto Bräutigam vom 27. Januar 1982, abgedr. in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1982. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin im Auftrag des Auswärtigen Amtes. Bearb. von Michael Ploetz, Tim Szatkowski u. Judith Michel, Teilbd. 1, München 2013, S. 162–170, hier: S. 163.

rungen an Polen zu stoppen und Sanktionen gegen Moskau zu verhängen. Trotz aller berechtigten Kritik am unilateralen Vorgehen der USA, das zu heftigen Verwerfungen innerhalb der Allianz führte, mussten sich auch die Westeuropäer mit der Frage auseinandersetzen, wie sie die Lage stabilisieren konnten, ohne sich dem Vorwurf ungebührlicher Kooperation mit dem Jaruzelski-Regime auszusetzen. Bis zu welchem Grad diene ökonomische Unterstützung humanitären Zwecken und konnte eine deeskalierende Wirkung entfalten? Wann begannen die westlichen Kredit- und Umschuldungsverhandlungen mit der polnischen Regierung ein kommunistisches Unrechtsregime am Leben zu erhalten? Wo verlief die Grenze zwischen friedenssichernder Stabilisierung und systemerhaltender Kollaboration?

Die beachtlichen finanziellen Aufwendungen Bonns für Polen wogen umso schwerer, als die angespannte bundesdeutsche Budgetsituation seit Monaten für erheblichen Konfliktstoff innerhalb der sozial-liberalen Koalition sorgte. Ende Januar/Anfang Februar 1982 sah sich Bonn deshalb auch aus haushaltsrechtlichen Gründen zu einer Strategieanpassung gezwungen. Entscheidend aber war der zunehmende bündnispolitische Druck auf die Bundesregierung. So beschlossen die EG-Außenminister schließlich, die verbilligte Lieferung von Nahrungsmitteln an Polen einzustellen. Die damit freiwerdenden Mittel sollten stattdessen für »humanitäre Hilfe« zugunsten der polnischen Bevölkerung verwendet werden.

Die katholische Kirche als Mittler

Neben der staatlichen humanitären Hilfe war seit Beginn der Krise eine für viele Zeitgenossen überraschend umfangreiche private Spendenbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung zu verzeichnen. Bis Ende Dezember 1981 wurden rund zwei Millionen Pakete mit Nahrungsmitteln und Kleidung nach Polen geschickt. In den ersten zwei Wochen des Jahres 1982 folgten weitere 94.800 Sendungen. Am 19. Januar entschied das Bundeskabinett, der Initiative der CDU/CSU-Bundtagsfraktion zu folgen und sechs Monate lang die Portokosten für private Geschenksendungen nach Polen zu übernehmen, um die Spendenbereitschaft weiter zu fördern. In der Tat stieg die Zahl der Pakete ab Februar nochmals stark an. Dieses solidarische Engagement der Deutschen für die polnische Bevölkerung wurde international gewürdigt und war nach Meinung des Auswärtigen Amtes von nicht zu überschätzender Bedeutung für den deutsch-polnischen Aussöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg. Die großen Hilfsleistungen der Deutschen erkannten auch das polnische Episkopat und der Vatikan ausdrücklich an, mit denen das Auswärtige Amt schon früh in engem Austausch stand.

Von diesen Kontakten versprach sich die Bundesregierung zum einen mehr Informationen über die Lage vor Ort und hoffte zum anderen, über die Kirche als Mittler zwischen Warschau und Solidarność mäßigend auf alle Beteiligten einwirken zu können. Schon im August 1980 hatte Achille Silvestrini, der Außenminister des Papstes, in einem Gespräch mit dem Auswärtigen Amt hervorgehoben, Johannes Paul II. teile die Ansicht der Bundesregierung, dass die Gefahr einer sowjetischen Intervention real existiere, mit all ihren unabsehbaren Folgen für Europa und die Welt. Dementsprechend hatte auch für den Vatikan die Verhinderung eines Truppeneinmarsches Priorität.

In West-Berlin
werden Hilfs-
pakete für Polen
gepackt, Januar
1982.



Neben dem Vatikan diente der bereits erwähnte polnische Kardinal Stefan Wyszyński, der in einem engen Vertrauensverhältnis zum Papst stand, dem Auswärtigen Amt als wichtige Informationsquelle für die Einschätzung der Lage vor Ort. Im Frühjahr 1981 erfuhr Bonn auf diesem Weg, dass der unter Hausarrest gesetzte Wałęsa ständig zwei Berater der polnischen Geistlichkeit in seiner Nähe habe und bisher weitgehend den Ratschlägen Wyszyńskis zur Mäßigung gefolgt sei. Letzterer habe darüber hinaus aufgrund seiner jahrelangen Erfahrung großes Vertrauen in Parteichef Kania, der als polnischer Patriot »die Sowjets ganz bestimmt nicht ins Land rufen« werde.¹⁴ Gleichwohl ver-

14 Aufzeichnung des Leiters der Unterabteilung 21 des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirigent Hans Otto Bräutigam, vom 14. April 1981, abgedr. in: AAPD 1981. Bearb.

suchte der Vatikan das Auswärtige Amt davon zu überzeugen, »dass der politische Entwicklungsprozess in Polen (im Sinne größerer Unabhängigkeit und von mehr Demokratie im Innern) mühsam sei und nur mit Behutsamkeit vorangetrieben werden könne«. ¹⁵ Er warb daher in Bonn für eine besonnene Haltung der westlichen Verbündeten, während das Auswärtige Amt seinerseits darum bat, die mäßigenden Kräfte der *Solidarność* um Lech Wałęsa zu stärken.

Allerdings war die stabilisierende Wirkung der katholischen Kirche in Polen durch zwei Entwicklungen gefährdet. Am 13. Mai 1981 wurde in Rom ein Attentat auf den Papst verübt, bei dem dieser lebensgefährlich verletzt wurde. Hatte die polnische Bevölkerung die Wahl Wojtyłas 1979 mit Begeisterung gefeiert, wich diese anfängliche Aufbruchsstimmung nun einem Klima der Resignation. Zwei Wochen später starb Primas Wyszyński, der die Geschicke der katholischen Kirche Polens seit 1948 geleitet und wegen seines Einsatzes für den polnischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg und seine Verfolgung durch das kommunistische Regime in den 1950er Jahren schon zu Lebzeiten zu einem Mythos geworden war. Wyszyńskis Nachfolger, Erzbischof Józef Glemp, verfügte weder über einen vergleichbaren politischen Einfluss, noch genoss er ein ähnlich hohes moralisches Ansehen in der Bevölkerung und war daher nolens volens zum Epigonentum verdammt. Hinzu kam, wie Genscher anmerkte, dass Glems Vater in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager hingerichtet worden war, weshalb der neue Primas ein deutlich distanzierteres Verhältnis zu den Deutschen hatte als sein Vorgänger. Seine Beziehungen zur Bun-

von Daniela Taschler, Matthias Peter u. Judith Michel, München 2012, Teilbd. 1, S. 592–594, hier: S. 593.

15 Schreiben des deutschen Botschafters in Rom (Vatikan), Walter Gehlhoff, an das Auswärtige Amt vom 3. April 1981, abgedr. in: ebd., S. 543 f., hier: S. 544.

desrepublik trugen die Last der Vergangenheit und ließen eine tief verankerte Skepsis gegenüber jedweden Einmischungsversuchen seitens der Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten Polens erwarten.

Die Gespräche zwischen Auswärtigem Amt, Episkopat und Vatikan wurden indes auch nach der Verhängung des Kriegsrechts weitergeführt. Johannes Paul II. forderte öffentlich und in einem persönlichen Brief an Jaruzelski die Beendigung des Kriegszustands ohne Blutvergießen, die Freilassung der Internierten und die Wiedezulassung der *Solidarność* und erklärte sich solidarisch mit der Haltung der westlichen Staaten. Anders als die Bundesregierung, die ihre humanitäre Hilfe ohne Bedingungen zu leisten bereit war, wollte Rom diese allerdings an politische Forderungen geknüpft sehen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche besaß freilich größeren Spielraum als die politischen Entscheidungsträger in Bonn. Während Johannes Paul II. kraft seines Amtes die eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch das Jaruzelski-Regime anprangern konnte, blieb die Bundesregierung weiter zurückhaltend in ihren öffentlichen Stellungnahmen. Nichtsdestotrotz zeigte der intensive Meinungs austausch in den folgenden Monaten, der im April 1982 in einer Privataudienz Genschers bei Johannes Paul II. gipfelte, die grundlegende Übereinstimmung zwischen Vatikan und Auswärtigem Amt.

Anders entwickelten sich die Beziehungen zum polnischen Episkopat. Wie befürchtet besaß die Kirche unter dem neuen Primas nicht mehr dieselbe Kraft wie noch zu Lebzeiten Wyszyńskis, da Glemp keinen vergleichbar großen Einfluss hatte und sich insgesamt weniger kompromissbereit zeigte. In einem Gespräch mit dem Generalsekretär der FDP, Günter Verheugen, kritisierte der Sekretär des Primas, Bischof Jerzy Dabrowski, die Sanktionspolitik des Westens als unrealistisch und kontraproduktiv. Die Bundesregierung und ihre Verbündeten müssten endlich begreifen, dass in Polen keine Demokratie

Józef Glemp, 1981.



im westlichen Sinne möglich sei und die Anwendung ihrer Prinzipien hinsichtlich Polens an den Realitäten vorbeiführe. Reform heiße heute vor allem die Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle von Staat und Gesellschaft durch die Partei. »Politische Freiheiten seien eine Frage des nächsten Jahrhunderts.«¹⁶

16 Fernschreiben Nr. 1402 des deutschen Botschafters in Warschau, Georg Negwer, an das Auswärtige Amt vom 31. Juli 1982, in: PA AA, B 42, Ref. 214 (ZA), Bd. 132914.

Frieden vor Freiheit?

Auch innenpolitisch stieß der Kurs der Bundesregierung auf Kritik. So rückten die Unionsparteien in der Öffentlichkeit die Frage in den Vordergrund, ob es moralisch vertretbar sei, dass die Bundesregierung ein bankrottetes sozialistisches Regime durch Wirtschaftshilfe und Kreditabkommen an der Macht hielt, während eine direkte Unterstützung der *Solidarność* unterblieb. So forderte beispielsweise Norbert Blüm (CDU) in einem Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau* im Herbst 1980 die Bundesregierung und den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auf, nicht (nur) Warschau, sondern auch die *Solidarność* direkt finanziell zu unterstützen.

Dieser Vorwurf der Kollaboration war für Genscher wie auch für Bundeskanzler Schmidt angesichts ihres nachdrücklichen Einsatzes für wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen an Polen schwer zu entkräften. Und tatsächlich scheute die sozial-liberale Koalition den direkten Kontakt mit Vertretern der polnischen Opposition. SPD-Chef Willy Brandt versuchte seine persönliche Haltung und die der Sozialdemokraten insgesamt zu verteidigen, indem er mit Blick auf die gewaltsame Niederschlagung der Aufstände von 1953, 1956 und 1968, die der Westen nicht hatte verhindern können, erklärte: »Ich fände es unredlich, so zu tun, als könnten wir den Arbeitern, die in Danzig und anderswo für ihre Interessen und Rechte eintreten, von hier aus wirksame Hilfe leisten. [...] Einen neuen Krisenherd im Herzen Europas kann und darf sich die Menschheit nicht leisten.«¹⁷

17 Zit. nach Bernd Rother: Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen (= Willy-Brandt-Studien, Bd. 4), Bonn 2010, S. 220–263, hier: S. 223f.

Finanzielle und logistische Hilfe der Bundesregierung oder des DGB an die Solidarność hielt Brandt auch deshalb für kontraproduktiv, weil Warschau dies als Beleg für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens werten könnte. Eine direkte Unterstützung der Solidarność brächte diese also in erhebliche Legitimationsschwierigkeiten und würde deren Position gegenüber der polnischen Regierung schwächen statt sie zu stärken. Wie berechtigt dieses Argument war, zeigte ein Appell der Warschauer Gründungsgruppe der Solidarność, kein Geld aus dem westlichen Ausland zu überweisen. Gleichwohl machte sich in den Reihen der Solidarność auch Enttäuschung über den Kurs der Bundesregierung breit, was ein weiteres Mal auf die Heterogenität der Gewerkschaftsbewegung verweist, die verallgemeinernde Aussagen erschwert und zur Differenzierung mahnt. Brandt sah sich einig mit Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher, der wiederholt betonte, Bonn könne nicht von Moskau die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens fordern und selbst eben dieses Prinzip der KSZE-Schlussakte brechen.

Der DGB seinerseits hatte die Entspannungspolitik seit 1969 loyal mitgetragen und übte sich deshalb zunächst in Zurückhaltung, ging jedoch eigene Wege. Bereits Anfang des Jahres hatte der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter den Kontakt zu den schwedischen Gewerkschaften gesucht, um über sie Verbindung zur Solidarność aufzunehmen. Schweden bot sich dafür wegen der Neutralität des Landes, der weitgehend konfliktfreien schwedisch-polnischen Beziehungen und der Möglichkeit visafreien Reiseverkehrs besonders an. Nach der Verhängung des Kriegsrechts reagierte der DGB zudem mit verschiedenen öffentlichen Protesterklärungen und symbolischen Gesten der Solidarität wie fünfminütigen Streiks in mehreren bundesdeutschen Großstädten und der Einrichtung eines Hilfskomitees »Solidarität mit Polen«, das Lebensmittel- und Medikamentenspenden sammelte.

Kritik an der Koalition kam indes auch aus den eigenen Reihen. So merkte beispielsweise Guido Brunner (FDP) in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 17. Dezember 1980 skeptisch an, die von Genscher eingeschlagene Strategie der Zurückhaltung setze implizit voraus, dass die dauerhafte Duldung einer politischen Opposition durch Warschau und Moskau vorstellbar sei. Aber »wird das möglich sein, ist ein solcher Grad des Wandels innerhalb eines solchen Systems denkbar?«¹⁸ Diese grundsätzliche Frage nach der Reformierbarkeit eines sozialistischen Systems ließ Genscher weitestgehend unbeantwortet, stimmte aber generell zu, dass der derzeitige Reformprozess in seiner Nachhaltigkeit nicht mit den Unruhen von 1953, 1956 und 1968 vergleichbar sei. »Das ist dieses Mal ein übergreifender Prozess, auch wenn das zunehmend zunächst [sic!] überhaupt nicht in dieser Form deutlich wird. In der Tat liegt da ein Unsicherheitsfaktor.«¹⁹ Im Vordergrund stand für den Bundesaußenminister ein Ausloten des Demokratisierungspotenzials Polens unter Beibehaltung seiner sozialistischen Gesellschaftsform sowie die Eruiierung des bundesdeutschen Handlungsspielraums zur Beeinflussung dieser Entwicklung. Gewaltfrei konnte dies seiner Meinung nach nicht durch eine Revolution von unten, sondern nur durch einen Reformprozess von oben stattfinden, wie er in einem Artikel in der Zeitschrift *Außenpolitik* 1982 erneut hervorhob: »Von ihrem Ideal der Freiheit her und vom Ziel der Friedenssicherung in Europa her gesehen, können und dürfen die westlichen Demokratien zu der Unterdrückung der Freiheit in Mittel- und Osteuropa nicht schweigen, sie müssen auch hier Verwirklichung der

18 Protokoll der 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages vom 17. Dezember 1980, in: BT ParlA, 9. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuss, S. 26.

19 Ebd., S. 51.

Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts fordern. Aber sie müssen auf einen *evolutionären* Wandel des sowjetischen Herrschaftssystems hinwirken.«²⁰

Wie gefährlich dieser Balanceakt eingeschätzt wurde, zeigt die Äußerung des ostpolitischen Experten der FDP, Wolfgang Schollwer, vom April 1981: Die wachsende politische Instabilität des sowjetischen Herrschaftsgebiets und die Erosionserscheinungen an seinen »Rändern« stellten seiner Meinung nach eine ernstzunehmende Gefahr für den Frieden dar. »Der Niedergang eines Imperiums vollzieht sich nicht ohne tiefe Erschütterungen in der gesamten Weltpolitik.«²¹ Zugespitzt formuliert betrachtete Schollwer zu diesem Zeitpunkt – für Liberale durchaus nicht zwangsläufig – einen möglichen Kollaps des Kommunismus also nicht in erster Linie als Sieg von Freiheit und Demokratie westlicher Prägung, sondern als Gefahr für die Sicherheit Westeuropas und den Frieden in der Welt.

Erkennbar wird darin zum einen ein »negativer« Friedensbegriff (Johan Galtung), der Frieden in erster Linie als Abwesenheit von Krieg betrachtet, Aspekte struktureller Gewalt hingegen vernachlässigt. Zum anderen hatten die Gespräche mit den Verbündeten und der polnischen Kirche gezeigt, dass die Heterogenität der Gewerkschaftsbewegung für das Auswärtige Amt Kommunikationsbarrieren schuf. Unsicher blieb, welchen Einfluss die gemäßigten Kräfte um Lech Wałęsa gegenüber

20 Hans-Dietrich Genscher: Eine westliche Gesamtstrategie für Frieden, Freiheit, Fortschritt, in: Außenpolitik 33 (1982), S. 315–336, hier: S. 330. Hervorhebung im Original.

21 Ergebnisprotokoll der 6. Tagung des Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik (BFA 1) der FDP vom 8. April 1981, Anhang IV: Referat von Wolfgang Schollwer: Zustand und Zukunft der Ost-West-Beziehungen und die Möglichkeiten zur Weiterführung der Entspannungspolitik, S. 7, in: Archiv des Liberalismus, FDP-Bundespartei, BFA Außenpolitik, A44-35.

den radikalen Strömungen tatsächlich hatten. Klarheit bestand hingegen darüber, dass die politischen Forderungen der Solidarność die für ein kommunistisches Regime tragbare Reizschwelle überschritten und daher erhebliches Eskalationspotenzial bargen.

Aus dieser Sicht stellte sich also nicht die Frage, ob man das Freiheitsstreben der polnischen Bevölkerung positiv bewertete – das stand grundsätzlich außer Zweifel. Für das unmittelbare außenpolitische Krisenmanagement war dies jedoch nicht der springende Punkt. Entscheidend blieb, einen sowjetischen Einmarsch zu verhindern. Das Auswärtige Amt folgte konsequent seiner dezidiert »realistischen« Strategie der Deeskalation durch Kommunikation mit denjenigen Akteuren, die Einfluss auf die Entwicklung der Lage nehmen konnten: Moskau, die polnische Regierung und mit Einschränkungen auch die katholische Kirche.

Koalitionswechsel in Bonn und Aufhebung des Kriegsrechts

Zwischen Frühjahr und Herbst 1982 verschlechterte sich die wirtschaftliche und politische Lage Polens weiter, was nicht ohne Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wahrnehmung der Krise blieb. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt berichtete der deutsche Botschafter in Warschau, Georg Negwer, dass die breite Mehrheit der Bevölkerung das Jaruzelski-Regime nach wie vor ablehne. Allerdings hätten viele inzwischen erkannt, dass ihre Hoffnungen auf Reformen keine Chance auf Verwirklichung hätten. Da Demonstrationen des Widerstands sinnlos geworden seien, beuge sich das Volk den machtpolitischen Realitäten. Gleichzeitig zu dieser ernüchternden Bestandsaufnahme hielt Negwer perspektivisch fest: »Im tief verwurzelten Geschichtsbewusstsein der Polen aber wird die Phase von August 1980 bis Dezember 1981 einmal einen ähnlichen Platz einnehmen wie die freiheitliche Verfassung vom 3. Mai 1791. [...] Auf Jahre hinaus wird die Ruhe in Polen eine trügerische sein. Der potentielle Sprengsatz für das System ist kaum dauerhaft zu entschärfen.«²²

Auch die Tonalität in den deutsch-polnischen Gesprächen wurde zunehmend rauer, weil keine Besserung der Lage in Sicht war. Im Gegenteil: Am 9. Oktober erließ Jaruzelski ein neues Gewerkschaftsgesetz, das de facto ein Verbot der *Solidarność* nach sich zog. Hinzu kam, dass mit dem sich abzeichnenden Verfall der sozial-liberalen Koalition in Warschau die Sorge vor einer Regierungsübernahme durch die Union wuchs, die nach wie vor die Oder-Neiße-Linie nicht anerkannte und

22 Fernschreiben Nr. 1407 des deutschen Botschafters in Warschau, Georg Negwer, an das Auswärtige Amt vom 2. August 1982, in: PA AA, B 42, Ref. 214 (ZA), Bd. 132914.

damit das vitale Sicherheitsbedürfnis Polens ignorierte. Das verhältnismäßig positive Deutschlandbild wurde abgelöst durch propagandistische Parolen vom deutschen Revanchismus. Mit dem Einzug Helmut Kohls ins Kanzleramt erlebten alte Feindbilder und Bedrohungsängste geradezu reflexartig ihre Renaissance.

Je länger das Kriegerrecht andauerte, umso stärker griffen auch die Zwänge des Systemkonflikts, zumal die sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West weiter an Dynamik gewannen. Die Chancen, die Nachrüstung der NATO mit nuklearen Mittelstreckenwaffen durch eine rüstungskontrollpolitische Vereinbarung der Supermächte zu umgehen, verringerten sich zusehends. Aus eigenen sicherheitspolitischen Überlegungen, vor allem aber, um das angespannte Verhältnis zu Moskau nicht zusätzlich zu belasten, passte sich die polnische Führung der sowjetischen Strategie an. Sie begann, die Interessenunterschiede zwischen Westeuropäern und Amerikanern hervorzuheben und die vom Kreml protegierten Friedensbewegungen zu unterstützen, um den Stationierungsbeschluss der NATO doch noch zu verhindern. Umgekehrt konzentrierten sich die Bemühungen der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher auf den Zusammenhalt der Allianz und die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen.

Die Aufhebung des Kriegerrechts in Polen im Juli 1983 trat daher auf weltpolitischer Bühne vergleichsweise in den Hintergrund, hatte jedoch eine wichtige Signalfunktion für die Madrider KSZE-Verhandlungen. Das am 8. September 1983 unterzeichnete Schlussdokument enthielt das von den Westeuropäern so vehement geforderte Mandat für eine »Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa« (KVAE), deren Vorbereitungen bereits Ende Oktober begannen. Angesichts der bevorstehenden Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und der damit einhergehenden sicherheitspolitischen »Eis-



Nach seiner Abwahl als Bundeskanzler verlässt Helmut Schmidt den Plenarsaal des Deutschen Bundestages, 1. Oktober 1982.

zeit« zwischen Ost und West war es für den Entspannungsprozess umso entscheidender, dass mit der KVAE ein multilaterales, blockübergreifendes Kommunikationsforum fortbestand. Es bot Washington und Moskau die Möglichkeit, ohne internationalen Prestigeverlust am Verhandlungstisch zusammenzukommen und ihre rüstungspolitische Sprachlosigkeit zu überwinden.

Ausblick

Wie also ist die Ausgangsfrage dieses Beitrags abschließend zu beantworten: Welcher Leitlinie bundesdeutscher Außenpolitik maß die sozial-liberale Koalition in der Polen-Krise einen höheren Stellenwert zu – dem Streben nach Freiheit oder der Sicherung des Friedens? Klar erkennbar ist zunächst, wie sehr sich die Bundesregierung durch die polnische Demokratisierungsbewegung in ihrer Entspannungspolitik bestätigt sah und welche Hoffnungen auf eine friedliche Liberalisierung des polnischen Systems daran geknüpft wurden. Damit einher ging gleichzeitig die Sorge vor einer Eskalation der Lage und einem militärischen Eingreifen Moskaus. Die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen – insbesondere die sich zuspitzende Nachrüstungsdebatte, die die Nordatlantische Allianz vor eine Zerreißprobe stellte und die Konfrontation zwischen den Supermächten weiter verschärfte – reduzierte den Handlungsspielraum der Regierung Schmidt/Genscher signifikant. Dementsprechend wurde eine unmittelbare Unterstützung der *Solidarność* zurückgestellt zugunsten einer Stabilitätspolitik, die den friedenspolitischen Status quo in Europa zu sichern versprach. Einmal mehr spiegelte sich darin die große Abhängigkeit der Bundesrepublik und ihrer politischen Verantwortungsträger von den klimatischen Schwankungen und strukturellen Zwängen des Kalten Krieges.

Das in der Neuen Ostpolitik Brandts konzeptionell angelegte und in der KSZE-Schlussakte bestätigte Ziel, eine gesellschaftliche Liberalisierung im Ostblock durch die Intensivierung persönlicher Kontakte über den Eisernen Vorhang hinweg zu erwirken, wurde gleichwohl nicht aufgegeben. Allerdings setzten Schmidt und Genscher dabei auf einen langfristigen, evolutionären Wandel, nicht aber auf einen unmittelbaren, revolutionären Systemumsturz, dessen Auswirkungen unkalkulierbar erschienen. Für Polen selbst sollte die Krise der frühen

1980er Jahre perspektivisch von nicht zu überschätzender Bedeutung bleiben. Trotz der vordergründigen Niederlage der Solidarność blieb die Bürgerrechtsbewegung ein politischer Akteur, dessen systemsprengende Kraft andauerte und sich gegen Ende des Jahrzehnts schließlich Bahn brach.

Die in diesem Beitrag skizzierten Grundfragen, vor die sich die Bundesregierung gestellt sah, weisen über den Fall Polen und das Ende des Kalten Krieges hinaus bis in die Gegenwart. So steht auch die heutige Bundesregierung, wenngleich unter veränderten Rahmenbedingungen, vor der Frage, wie sich zwei Grundmaximen deutscher Außenpolitik – die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte mit dem Ziel der Demokratisierung autokratischer und diktatorischer Systeme einerseits sowie der Einsatz für Stabilität und Frieden andererseits – in der internationalen Praxis in Einklang bringen lassen. Wann trägt eine Politik der Zurückhaltung, verbunden mit wirtschaftlichen und humanitären Hilfsmaßnahmen, zur Deeskalation einer kritischen Situation bei, ab welchem Zeitpunkt verlängert sie durch ihre stabilisierende Wirkung die Lebenszeit eines diktatorischen Regimes? Welche Alternativen und Handlungsspielräume stehen zur Verfügung? Wie so oft in der Geschichte kann es für die Beantwortung dieser und weiterer Fragen kein Patentrezept geben. Vielmehr muss vor unzulänglicher Vereinfachung gewarnt und für eine reflektierte Analyse des jeweiligen Einzelfalls plädiert werden. Unstrittig ist indes, dass das Eintreten für Frieden und Freiheit, die so schwer erkämpft und so leicht verspielt werden, auch angesichts der aktuellen internationalen Lage notwendiger denn je ist.

Weiterführende Quellen und Literatur

- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981.
Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin im Auftrag
des Auswärtigen Amtes. Bearb. von Daniela Taschler, Matthias Pe-
ter u. Judith Michel, 3 Bde., München 2012.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1982.
Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin im Auftrag
des Auswärtigen Amtes. Bearb. von Michael Ploetz, Tim Szatkow-
ski u. Judith Michel, 2 Bde., München 2013.
- Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation.
Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten
Kalten Krieg 1979–1982/83 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd.
88), Berlin u. a. 2015.
- Robert Brier (Hrsg.): Entangled Protest. Transnational Approaches to
the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union
(= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts
Warschau, Bd. 31), Osnabrück 2013.
- Hans-Dietrich Genscher: Eine westliche Gesamtstrategie für Frieden,
Freiheit, Fortschritt, in: Außenpolitik 33 (1982), S. 315–336.
- Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995.
- Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Ge-
schichte Polens 1980–1990. Mit einem historiographischen An-
hang bis 1997, Berlin 1999.
- Bernd Rother: Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy
Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: Friedhelm Boll/Krzysz-
tof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg.
Willy Brandt und Polen (= Willy-Brandt-Studien, Bd. 4), Bonn
2010, S. 220–263.
- Hartmut Soell: Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung – 1969
bis heute, München 2008.

Die Autorin

Agnes Bresselau von Bressendorf, Dr. phil., geboren 1984, Studium der Neueren und Neuesten Geschichte sowie der Alten Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg. 2014 Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seit 2014 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Persönliche Referentin des Direktors am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. Veröffentlichungen zur Geschichte der bundesdeutschen Außen-, Entspannungs- und Entwicklungspolitik sowie zur Geschichte von Flucht, Migration und Asyl seit den 1970er Jahren.

Bildnachweis

Bundesarchiv, B 145 S. 24: Bild-00171968 (U. Wienke); S. 29: Bild-00172550 (E. Reineke); S. 43: Bild-00047531 (L. Wegmann).

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 S. 32/Umschlagseite hinten rechts: Nr. 0239589 (W. Albrecht).

ullstein bild S. 7: Nr. 00013839 (BPA); S. 10/Umschlagseite vorn: Nr. 1010894000 (Reuters/FORUM); S. 11: Nr. 00498804 (Reuters); S. 13: Nr. 00040885 (S. Simon); S. 15: Nr. 1010893987 (Reuters/FORUM); S. 17: Nr. 00261192 (AP); S. 19/Umschlagseite hinten links: Nr. 00557582 (Werek); S. 35: Nr. 00067863 (AP).

STIFTUNG
ERNST-REUTER-ARCHIV

Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie ist dem Gedenken an den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (1889–1953), gewidmet. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hat er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte Berlins und Deutschlands geprägt. Seine Rolle als wichtigste Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Blockade 1948/49 ist legendär. Bis zu seinem Tod im September 1953 setzte sich Ernst Reuter mit allen Kräften dafür ein, dass die Belange West-Berlins und der Menschen auf der östlichen Seite des »Eisernen Vorhangs« im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland gebührend berücksichtigt wurden.

Zugleich weist die Arbeit der Stiftung über die historische Person von Ernst Reuter hinaus. Sie richtet sich auf die wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte. Modernen Fragestellungen und interdisziplinären Ansätzen aufgeschlossen, sucht die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv nach neuen Perspektiven auf die Geschichte Berlins und Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mehr Informationen unter www.ernst-reuter.org